

FVF  
FORUM VORMÄRZ FORSCHUNG  
Jahrbuch 2004

Vormärz und Exil  
Vormärz im Exil

AISTHESIS VERLAG

AV

Kuratorium:

Erika Brokmann (Detmold), Birgit Bublies-Godau (Bochum), Claude Conter (Luxembourg), Norbert Otto Eke (Amsterdam), Jürgen Fohrmann (Bonn), Martin Friedrich (Berlin), Bernd Füllner (Düsseldorf), Detlev Kopp (Bielefeld), Rainer Kolk (Bonn), Hans-Martin Kruckis (Bielefeld), Christian Liedtke (Düsseldorf), Carsten Martin (Dortmund), Harro Müller (New York), Maria Pörmann (Köln), Rainer Rosenberg (Berlin), Peter Stein (Lüneburg), Florian Vaßen (Hannover), Michael Vogt (Bielefeld), Fritz Wahrenburg (Paderborn), Renate Werner (Münster)

FVF  
FORUM VOMÄRZ FORSCHUNG

Jahrbuch 2004  
10. Jahrgang

Vormärz und Exil  
Vormärz im Exil

herausgegeben von

Norbert Otto Eke und Fritz Wahrenburg

AISTHESIS VERLAG

Das FVF im Internet: [www.vormaerz.de](http://www.vormaerz.de)

Bibliographische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das FVF ist vom Finanzamt Bielefeld nach § 5 Abs. 1 mit Steuer-Nr. 305/0071/1500 als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Redaktion: Detlev Kopp

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2005  
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld  
Satz: Germano Wallmann, [info@geisterwort.de](mailto:info@geisterwort.de)  
Druck: DIP Digital Print, Witten  
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-89528-526-9  
[www.aisthesis.de](http://www.aisthesis.de)

Wolfgang Büttner (Petershagen)

## Friedrich Wilhelm IV. im Blickpunkt zeitkritischer Vormärzliteratur

Am 7. Juni 1840 erfolgte in Preußen ein Thronwechsel. Der neue König, nunmehr Friedrich Wilhelm IV., klug, geistig beweglich, hoch gebildet, redigewandt und für Künste interessiert, hatte als Kronprinz den Eindruck erweckt, auch für liberale Forderungen aufgeschlossen zu sein. Hochgestimmte Erwartungen zahlreicher Bürger des Landes schienen sich zu erfüllen. Mehrjährige Haftstrafen, verhängt wegen politischer Vergehen, wurden durch eine großzügige Amnestie aufgehoben. Die berüchtigte Ministerialkommission, deren besondere Aufgabe es gewesen war, sogenannte „demagogische Umtriebe“, also Äußerungen und Handlungen politischer Unzufriedenheit, aufzuspüren und zu verfolgen, wurde aufgelöst. Rehabilitierung erfuhren bekannte Persönlichkeiten wie z.B. Ernst Moritz Arndt oder Friedrich Ludwig Jahn. Die Turnbewegung durfte wieder öffentliche Veranstaltungen durchführen. Und wenige Wochen nach der Thronbesteigung verkündete der König sogar, er wolle die „Presse von unstatthaften, nicht in der allerhöchsten Absicht liegenden Beschränkungen befreien“.<sup>1</sup>

Bettina von Arnim begrüßte den Thronwechsel als „Frühling des Preußenlandes“, Arnold Ruge schwärmte von einer „Resurrektion des steinisch-hardenbergischen Geistes“.<sup>2</sup> So dachten viele, die die Restaurationsperiode Metternich'scher Prägung für beendet hielten. Die Mitglieder des Landtags der Provinz Ostpreußen, denen nach alter Tradition die Ehre zukam, dem neuen König anlässlich der Thronbesteigung zu huldigen, glaubten jetzt die Zeit gekommen, an das vom Vorgänger gegebene Versprechen der Einberufung einer allgemeinen Landesrepräsentation und einer Verfassung zu erinnern. Doch die verbreitete Hochstimmung erfuhr ihre erste Ernüchterung. Friedrich Wilhelm, überzeugt, „Gott“ habe „den König mit überirdischen Kräften ausgestattet“<sup>3</sup>, wollte

<sup>1</sup> Zensurinstruktion der Preußischen Regierung v. 24.12.1841. Allgemeine Preussische Staats-Zeitung, 14.1.1842.

<sup>2</sup> Zit. n. Ernst Baldinger: Georg Herwegh. Sprache und Dichtung, H. 19. Bern 1917, S. 80.

<sup>3</sup> Zit. n. Rolf Weber: Das Unglück der Könige ... Johann Jakoby 1805-1877. Eine Biographie. Berlin 1987, S. 46.

durchaus kein Parlament mit festgeschriebenen Rechten der Untertanen auf politische Mitbestimmung einberufen und wies seine Minister an, derartigem Verlangen energisch entgegenzuwirken. Doch davon unbeeindruckt erschien im Februar 1841 die berühmte Schrift des Königsberger Arztes Johann Jakoby mit dem Titel „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“. Die Antwort Jakobys auf seine Fragen war kurz und bündig: „Gesetzmäßige Teilnahme der selbständigen Bürger an den Angelegenheiten des Staates“.<sup>4</sup> Zwei Gebiete vor allen rückte er ins Blickfeld: Pressefreiheit und Parlamentarismus. Die vom König proklamierten Zensurerleichterungen schienen Jakoby fragwürdig. Wenn seine Majestät auch einen „freimütigen [...] Ton“ gestattet hatten, so müßten die Artikel doch in ihrer „Tendenz wohlmeinend“ gehalten sein. „Frivole“ oder gar „feindselige“ Äußerungen, auch „Leidenschaftlichkeit, Heftigkeit und Anmaßung“ waren nach Ermessen des Zensors zu unterdrücken.<sup>5</sup> Da blieb für ernsthafte Kritik wenig Spielraum. Und wie war es um die Rechte der Bürger bestellt? Ansätze von Parlamentarismus existierten allenfalls in Gestalt der Provinzständevertretungen. Jakoby gelangte bezüglich Presse und Verfassung zu dem Urteil: „Die schlimmsten Feinde beider, Zensur und Scheinvertretung, walten in Preußen.“<sup>6</sup> Der König verstand sehr gut die gegen seine politischen Grundsätze gerichtete Kritik. Es verging kein Monat nach Veröffentlichung der unbequemen Fragen, so befahl er gegen den Verfasser eine gerichtliche Untersuchung und forderte vom Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen: „Machen Sie nun, teuerster Freund, daß unbeschnittene Leute von alter Treue und die ein Herz zu mir haben, die Schmach gut machen, die der Beschnittene Ostpreußen angetan.“<sup>7</sup> Jakoby war nämlich nicht nur Demokrat, sondern auch Jude. Die Anklage wegen „Aufreizung zur Unzufriedenheit und frechen, unehrerbietigen Tadels der Landesgesetze, [...] Majestätsbeleidigung und [...] versuchten Hochverrats“<sup>8</sup> brach vor Gericht kläglich zusammen. Das Urteil wagte der König nicht zu kassieren, aber der Gerichtspräsident verlor seine Stellung.

Auch die politische Lyrik schenkte dem neuen preußischen König Aufmerksamkeit. Seine Überzeugung, die Krone der Gnade Gottes zu

---

<sup>4</sup> Zit. ebd., S. 55.

<sup>5</sup> Zensurinstruktion v. 24.12.1841 (wie Anm. 1).

<sup>6</sup> Zit. n. Weber (wie Anm. 3), S. 55.

<sup>7</sup> Ebd., S. 62.

<sup>8</sup> Ebd., S. 63.

verdanken, verspottete Heinrich Hoffmann von Fallersleben mitleidlos in seinen „Unpolitischen Liedern“:

Denn wären sie die Gottesholden,  
So sorgte Gott für sie allein,  
Gar herrlich würd' er sie besolden,  
Uns aber würde wohler sein.<sup>9</sup>

Hoffmann verlor 1842 seine Professur in Breslau, weil er „den Landesherrn und bestehenden Zuständen feindselige, die Gemüter verwirrende und zu Missvergnügen aufregende Gesinnungen und Ansichten [...] verbreitete [...]“<sup>10</sup>. Friedrich Wilhelm bestätigte das Urteil umgehend. Tenenzpoesie war den in Deutschland Herrschenden nicht willkommen.

Herweghs „Gedichte eines Lebendigen“, die Verse enthielten, die unmittelbar „An den König von Preußen“ gerichtet waren, erschienen 1841 in der Schweiz. Kritik und Hoffnung werden hier noch in seltsamer Mischung vorgetragen. Friedrich Wilhelm sei, meint der Dichter, „der letzte Fürst, auf den man baut“, doch zögern dürfe der Monarch nicht, die Forderungen, „wonach der Deutsche glüht“, zu erfüllen: „Noch ist es Zeit, noch folgen wir“. Der König wollte diesen Dichter kennenlernen, und die Begegnung ergab sich, als Herwegh 1842 auf einer Werbereise für den „Deutschen Boten aus der Schweiz“, dessen Redaktion er übernehmen sollte, auch Berlin besuchte. Doch er versagte sich dem Ansinnen einer Wandlung von einem Saulus in einen Paulus, und der König erfüllte nicht die im Gedicht geäußerte Hoffnung und warf, wie weiland der biblische König Saul, „nach dem Dichter [...] den Speer“.<sup>11</sup> Der „Deutsche Bote“ wurde verboten, noch bevor er erschienen war. Herwegh teilte die Verachtung, die er angesichts dieser Zwangsmaßnahme empfand, dem König brieflich mit. Das war in damaliger Zeit ein unerhörter Schritt. Als eine Abschrift dieses Schreibens der Redaktion der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ zugetragen und von ihr postwendend veröffentlicht wurde, wuchs sich die Berliner Herwegh-Affäre zu einer Sensation aus, die die Öffentlichkeit in Deutschland über Wochen bewegte. Der Dichter wurde aus Preußen ausgewiesen, und auch andere deutsche Staaten verweigerten ihm den Aufenthalt.

<sup>9</sup> Heinrich Hoffmann von Fallersleben: Unpolitische Lieder. Zweiter Teil. Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1891, S. 208.

<sup>10</sup> Ders.: Mein Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hannover 1868, S. 3.

<sup>11</sup> Georg Herwegh. Gedichte eines Lebendigen. Erster Band. Herweghs Werke in einem Band. Berlin und Weimar 1967, S. 62f.



Eine Welle neuer Beschränkungen und Unterdrückungen traf die deutsche Presse. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“, von Friedrich Wilhelm und seinen Ministern als „eine Niederlage von Lügen, Entstellungen, böswilligen Angriffen über und gegen Preußen“ geächtet, durfte mit Beginn des Jahres 1843 im Königreich Preußen „weder eingeführt, ausgegeben, feilgeboten, ausgelegt oder sonst verbreitet [...] werden.“<sup>12</sup> Im Januar 1843 wurde auch das von der preußischen Regierung bereits im Vorjahr mehrfach erwogene Verdammungsurteil gegen die „Rheinische Zeitung“ endgültig gefällt. Die Minister Eichhorn, v. Bülow und v. Arnim wiesen am 21. des Monats den Kölner Regierungspräsidenten v. Gerlach an, „dafür Sorge zu tragen, daß die ‚Rheinische Zeitung‘ am 31.3.1843 ihr Erscheinen einstellt.“<sup>13</sup> Auch die von Arnold Ruge herausgegebenen „Deutschen Jahrbücher“ wurden unterdrückt. Ein „wahres Raffinement der Maßregeln“, stellte Ruge fest, ist „in die Reaktion gefahren“.<sup>14</sup> Dieses Urteil war verbreitet und richtete sich vor allem gegen den König. Adolf Stahr äußerte gegenüber seinem Bruder Carl, „auch für die blödesten Augen ist endlich die Nebeldecke des Dampfes und Druckes von dem Schönredner und Phrasenmacher in Berlin weggezogen“.<sup>15</sup> Marx teilte ebenfalls diese Auffassung:

Es herrscht eine erschreckende Übereinstimmung, niemand täuscht sich mehr über dieses System und seine einfache Natur. [...] Der Prunkmantel des Liberalismus ist gefallen, und der widerwärtigste Despotismus steht in seiner ganzen Nacktheit vor aller Welt Augen.<sup>16</sup>

Tatsächlich war der Eklat nach Herweghs Audienz beim König nur ein letzter Anstoß für die erneute, verschärfte Beschränkung der öffentlichen Meinungsbildung. Schon im September 1842 stand in Berlin fest,

<sup>12</sup> Verbotsbegründung der „Leipziger Allgemeinen Zeitung“ v. 25.12.1842. Rheinische Zeitung (nachf. RZ), 4.1.1843.

<sup>13</sup> Zit. n. Karl Obermann: Zur politischen Wirksamkeit der „Rheinischen Zeitung“ 1842/43. In: BzG. Berlin 1963, 5. Jg., H. 1, S. 85.

<sup>14</sup> A. Ruge an R. Prutz, 21.4.1843. Arnold Ruge: Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825-1880. 1. Bd. Berlin 1886, S. 305.

<sup>15</sup> A. Stahr an seinen Bruder Carl, 3.3.1843. Ludwig Geiger (Hg.): Aus Adolf Stahrs Nachlaß. Briefe von Stahr nebst Briefen an ihn. Oldenburg 1903, S. 58.

<sup>16</sup> K. Marx an A. Ruge, März 1843. Marx/Engels Werke. Berlin (nachf. MEW), Bd. 1, S. 337.

daß die „unzulässige Verbreitung“ des Deutschen Boten „unter allen Umständen wirksam zu verhindern“ sei.<sup>17</sup> Aber es ging nicht einzig und allein um diese neue Publikation. Generelle gravierende Einschränkungen der Presse wurden vorbereitet. So hatte Friedrich Wilhelm am 14. Oktober 1842 eine Kabinettsordre erlassen, die wesentlich anders klang als die vordem bekundete Loyalität gegenüber der Presse. Hatte er doch inzwischen „missfällig wahrgenommen“, daß sein Hinweis, „der Tendenz des schlechten Teils der Tagespresse, die öffentliche Meinung über allgemeine Angelegenheiten durch Verbreitung von Unwahrheiten oder entstellten Tatsachen irre zu leiten, dadurch zu begegnen, daß jeder solchen falschen Mitteilung augenblicklich die Wahrheit durch Berichtigung der Tatsachen in denselben Blättern gegenübergestellt werde [...] bisher wenig oder gar nicht angewendet worden ist [...]“. Deshalb sah er sich veranlaßt, zum Schutze der „edlen, loyalen, mit Würde freimütigen Gesinnung“ nun „unnachsichtiger“ den „Geist, welcher Waffen der Lüge und Verführung gebraucht“, zu unterdrücken, „auf daß die Freiheit des Wortes unter dem Mißbrauch desselben nicht um ihre Früchte und ihren Segen betrogen werden könne.“<sup>18</sup> Das bedeutete, trotz der noch liberal anmutenden Umschreibung, neue Beschränkungen und Strafandrohungen für die Presse. Tatsächlich wurde bereits Ende 1842 im preußischen Ministerium fieberhaft an einer neuen diesbezüglichen Instruktion gearbeitet. Besorgt meldete z.B. ein Korrespondent der „Rheinischen Zeitung“ aus Berlin, daß die „Schicksale der periodischen Presse [...] in allen Kreisen mit der höchsten Teilnahme, mit mancher ungewissen, bangen Ahnung besprochen“ würden, da „Rückschritt verkündende Anzeichen sichtbar“ geworden wären.<sup>19</sup> Varnhagen von Ense verrät Näheres über derartige Anzeichen. „Der König“, so vertraute er am 22. Dezember seinem Tagebuch an, „lese begierig die Zeitungen und finde sich jeden Tag verletzt und empört durch die Frechheit, mit der alles angegriffen werde, durch die Richtung, in der man kühn vordringe, das mißbillige er ganz, dagegen fordere er Abhilfe. Wie das zu machen sei“, bemerkt Varnhagen ironisch, „daß die Presse einer gewissen Freiheit genieße und doch nichts Ärgerliches liefere, das wisse kein Mensch, end-

<sup>17</sup> GStAPK Berlin. Akta betr. den Schriftsteller und Dichter Dr. Georg Herwegh wegen verdächtigen und revolutionären Treibens 1842-1848. Rep. 77, Tit. VI, Lit. H. Nr. 124, Bl. 41.

<sup>18</sup> Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV. v. 14.10.1842. RZ, 16.11.1842.

<sup>19</sup> RZ, 18.12.1842.

lose Beratungen fänden statt.<sup>20</sup> Herweghs Brief wurde dann allerdings zum unvorhergesehenen Beschleuniger der Angelegenheit. Friedrich Wilhelm wies die am Zensurwesen beteiligten Minister an, „ihre Ansichten und Vorschläge in Betreff einer neuen Zensurinstruktion jeder in einer eigenen Denkschrift zu entwickeln“.<sup>21</sup> Am 31. Januar 1843 wurde die neue Instruktion verabschiedet. Sie stützte sich ausdrücklich auf die früheren gesetzlichen Bestimmungen vom 18. Oktober 1819 und vom 28. Dezember 1824. Danach durften die Zeitungen nichts mehr veröffentlichen, was mit Religion und Glauben in Widerspruch stand, was Moral und gute Sitte beleidigen, die Sicherheit des Staates gefährden, Mißvergnügen erregen oder die Würde des königlichen Hauses verunglimpfen könne. Bezüglich der Form hieß es nachdrücklich:

In leidenschaftlicher oder unanständiger Sprache geschriebene Aufsätze und Stellen sind unzulässig [...] Nicht zu dulden sind [...] Verspottung oder Verunglimpfung gesetzlich bestehender Einrichtungen oder anmaßender, geringschätzender Tadel [...]<sup>22</sup>

Der König bestätigte diese neue Instruktion und betonte in einer diesbezüglichen Allerhöchsten Kabinettsorder vom 24. Februar 1843 noch einmal ausdrücklich, daß die „immer zunehmenden Ausschreitungen der Tagespresse [...] angemessenere Instruktionen für die Zensoren unumgänglich nötig“ gemacht hätten, da seine Order vom Dezember 1841 „von einem großen Teil der Zensoren gänzlich missverstanden“ worden sei und nun vor allem der Massenverbreitung „verführerischer Irrtümer und verderbter Theorien über die heiligsten und ehrwürdigsten Angelegenheiten der Gesellschaft“ ohne jeden weiteren Aufschub Schranken gesetzt werden müßten.<sup>23</sup> Eine weitere Order richtete sich gegen „Karikaturen, Zerr- oder Spottbilder“. Er habe, erklärte der König in diesem Dokument, „mit Unwillen wahrgenommen, bis zu welchem hohen Grade in der letzten Zeit der Unfug gestiegen ist, durch bildliche Darstellungen die Religion und den Staat herabzuwürdigen und zu verspotten [...]“.<sup>24</sup>

<sup>20</sup> Karl August Varnhagen von Ense: Tagebücher. 2. Bd. Leipzig 1861, S. 126.

<sup>21</sup> Ebd., S. 130.

<sup>22</sup> Zensurinstruktion v. 31.1.1843. Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten. Berlin 1843, Nr. 4, S. 29.

<sup>23</sup> Allerhöchste Kabinettsorder v. 4.2.1843, betr. die Zensur der Zeitungen und Flugschriften und die Genehmigung der vom Staats-Ministerium entworfenen Zensurinstruktion. Ebd., S. 25/26.

<sup>24</sup> Allerhöchste Kabinettsorder v. 3.2.1843 über die Vervielfältigung, Feilhaltung und Verbreitung von Karikaturen, Zerr- oder Spottbildern. Ebd., S. 24.

Das Jahr 1843 legte der noch in Deutschland verbliebenen Vormärzliteratur empfindliche Fesseln an, denn was in Preußen geschah, blieb nicht ohne Auswirkung auf die anderen deutschen Staaten. Auch Dichter, die dem preußischen Staat bisher loyal oder bejahend gegenüberstanden, bekamen die Verschärfung der Zensur zu spüren. Ferdinand Freiligrath war noch im Februar davon überzeugt, daß „die ‚Rheinische‘ [...] wieder auf den Strumpf“ komme.

Der König ist doch mindestens ein kluger Mann und wird sich durch diese unsinnigen Verbotsmaßnahmen nicht auf die Dauer und mit Grund anrühlig machen wollen [...] wenn so ein Kerl einmal wahrhaft groß und hochherzig sein wollte, wie würden ihm Millionen zujauchzen!<sup>25</sup>

Doch der Dichter irrte. Glaubte er Ende des Jahres 1843, die Unterdrückung eines seiner Gedichte, die er der „Kölnischen Zeitung“ angeboten hatte, sei nur dem „Streichwahnsinn des neuen Kölner Zensors“<sup>26</sup> zu verdanken, so drängte sich dem Dichter sehr bald die bittere Einsicht auf, daß es „jetzt mit der Zensur in Preußen schlimmer als je“<sup>27</sup> geworden sei. Er klagte seinem Freund Karl Buchner, daß „alles, was der König tut, einem die Brust beklemmt“<sup>28</sup> und verzichtete auf die Ehrenpension, die dieser ihm vor Jahresfrist gewährt hatte. Mit dem neuen Gedichtband „Ein Glaubensbekenntnis“, erschienen im Mai 1844, reihte sich auch Freiligrath ein in die Vormärzliteratur im Exil.

Bereits vor Beginn der 40er Jahre wurden zahlreiche Schriften, die in Deutschland nicht gedruckt werden konnten, in der Schweiz veröffentlicht. Hier erschien z.B. seit dem 1. September 1839 die von Johann Georg August Wirth herausgegebene „Deutsche Volkshalle“. Sie bot Herwegh, der in Württemberg wider Willen zum Militärdienst gepreßt und nach einem Disziplinarvergehen in die Schweiz geflohen war, eine erste Möglichkeit zur Popularisierung seiner literatur-kritischen Aufsätze und Gedichte. Der erste Band seiner „Gedichte eines Lebendigen“ wurde 1841 im „Literarischen Comptoir“ Zürich und Winterthur gedruckt, einem Verlag, der eigens zu ihrer Herausgabe unter Leitung von Julius

<sup>25</sup> Karl Glossy (Hg.): Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz. T. 2. Wien 1912, S. 43.

<sup>26</sup> Ebd., S. 147.

<sup>27</sup> F. Freiligrath an K. Buchner, 1.1.1844. Wilhelm Buchner: Ferdinand Freiligrath. Ein Dichterleben in Briefen. Bd. 2. Lahr 1882, S. 95.

<sup>28</sup> F. Freiligrath an K. Buchner, 11.2.1844. Ebd., S. 99.

Fröbel gegründet wurde. Mit dem Anliegen des Verlags, vornehmlich der „Verbreitung zensurflüchtiger Schriften zur Förderung des in Deutschland erwachten politischen Geistes“<sup>29</sup> zu dienen, entstand hier ein wichtiges Zentrum der politischen deutschen Exilliteratur. Auch Karl Marx kam hier mit einem Aufsatz zu Wort, der in Deutschland nicht hatte erscheinen können. Denn Marx gehörte zu den Ersten, die sich von den im Dezember 1841 erfolgten Versprechungen des preußischen Königs zur Erleichterung der Zensur nicht hatten täuschen lassen. Bereits im Frühjahr 1842 entlarvte er in seinen „Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion“ den „Scheinliberalismus“<sup>30</sup> der königlichen Botschaft. Die aktuelle Kritik erschien nun im ersten Band der von Arnold Ruge herausgegebenen „Anekdoten zur neuesten deutschen Philosophie und Publizistik“. Ein weiteres Unternehmen des „Literarischen Comptoirs“, das die bürgerliche Opposition in Deutschland unterstützen sollte, war die Neuprofilierung des „Deutschen Boten aus der Schweiz“ unter Herweghs Redaktion. Zwar ließ der Ausgang der Deutschlandreise des Dichters das Vorhaben scheitern, doch die Beiträge, die er bislang erhalten hatte, erschienen nun 1843 gesammelt unter dem Titel „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz“. Daß dem preußischen König hier besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, darf nicht verwundern. In Spitzelberichten wurde der „Deutsche Bote“ sogar „als Herweghs Schrift gegen Preußen“<sup>31</sup> bezeichnet. Das war durchaus kein Fehlurteil. Schon der erste größere Aufsatz aus der Feder des Königsberger Privatdozenten Karl Reinhold Jachmann listet die politischen Entscheidungen Friedrich Wilhelms IV. „seit der Einsetzung Arndt’s bis zur Absetzung Bauers“ chronologisch auf<sup>32</sup> und dokumentiert damit die politische Wende, die herbe Enttäuschungen und entsprechende Kritik der liberalen und demokratischen Opposition provozierte. Ein gesonderter Abschnitt der Publikation ist „Kritik der preußischen Zustände“ betitelt. Er wird von Friedrich Engels eingeleitet. Seine Porträtskizze des preußischen Monarchen beleuchtet dessen romantisch-reaktionäres Be-

<sup>29</sup> Julius Fröbel: Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse. Bd. 1. Stuttgart 1890, S. 95.

<sup>30</sup> Karl Marx: Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion. MEW. Bd. 1, S. 4.

<sup>31</sup> Ingrid Pepperle: Einleitung zu Georg Herwegh (Hg.): Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz. Reprint. Leipzig 1989, S. 24.

<sup>32</sup> Reinhold Jachmann: Preußen seit der Einsetzung Arndt’s bis zur Absetzung Bauers. Ebd., S. 69.

mühen, überall dort anzuknüpfen, „wo er noch etwas Mittelalterliches vorfand“<sup>33</sup>. Johann Jakoby widmet sich im folgenden Beitrag der ultrareligiös orientierten Politik des vom König neuberufenen bigotten Kultusministers Eichhorn und vermerkt entsprechend der generellen Tendenz der Schrift abschließend, „daß Monarchen aus ihren Beamten erkannt werden“, hatte doch der König „alle Schritte seines Ministers“ gebilligt.<sup>34</sup> Das Buch wurde sofort in Preußen verboten. Wenige Monate später veröffentlichte der Verlag Herweghs zweiten Band der „Gedichte eines Lebendigen“. Der Dichter hatte inzwischen ein wesentlich anderes Bild von Friedrich Wilhelm gewonnen. In Anspielung auf eine bekannte sozialkritische Schrift Bettina von Arnims wählte Herwegh den Titel seines neuen Gedichts an die Adresse des Monarchen: „Auch dies gehört dem König“. Von Hoffnungen auf liberale Zugeständnisse war jetzt nicht mehr die Rede. Ebenso witzig wie treffend karikierte Herwegh den in die Schlingen seiner Zensurverfügungen verstrickten Herrscher:

Da stehst du nun, mit zornigen Gebärden,  
 Ratloser Fürst, inmitten deiner Larven,  
 Der Larven, die sich nie entpuppen werden,  
 Erschauernd vor der Wahrheit, vor der scharfen,  
 Und wirst der Gaukler eifrigster Mäzen,  
 Die zwischen Licht und Finsternis dich warfen.  
 Zu scheu, der neuen Zeit ins Aug zu sehn,  
 Zu beifallslüstern, um sie zu verachten,  
 Zu Hochgeboren, um sie zu verstehn;

Sein „Schiff“, den preußischen Staat, sah der Dichter noch „vor Abend an der Klippe scheitern“. Gemeint war die Revolution, die er jetzt für unabwendbar hielt.<sup>35</sup>

Als im Verlauf des Jahres 1843 auch in verschiedenen Schweizer Kantonen konservative Kräfte die Oberhand erlangten, wurde dort die Herausgabe von Schriften, die die politischen Zustände in Deutschland kritisch aufs Korn nahmen, immer schwieriger. Weder Herwegh noch Ruge konnten ihre publizistischen Vorhaben weiter verfolgen. Wie es um Zensurfreiheit bestellt war, zeigte die Verhaftung und Einkerkierung Wilhelm Weitlings, die zugleich mit der Konfiskation seiner Schriften 1843 erfolgte.

<sup>33</sup> Friedrich Engels: Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen. Ebd., S. 299.

<sup>34</sup> Johann Jakoby: Der Minister Eichhorn. Ebd., S. 304 u. 311.

<sup>35</sup> Georg Herwegh: Gedichte eines Lebendigen. Zweiter Band (wie Anm. 11), S. 137 u. 139.

Marx und Ruge suchten für die Herausgabe der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ nach einem anderen Verlagsort. Zu einem neuen Zentrum der ins Exil verbannten Vormärzliteratur wurde Frankreichs Hauptstadt Paris. Dort erschienen im Februar 1844 die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“. Eine gemeinsame Publikation hatten die Herausgeber bereits 1843 geplant, doch nach Marx' Ausscheiden aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ und deren schließlicher Unterdrückung war den Herausgebern klar, daß sie ihr Vorhaben nur im Ausland realisieren konnten, denn „in Deutschland“, so begründete Marx diese Entscheidung, gab es „durchaus keinen Spielraum für eine freie Tätigkeit“. In der ersten Ausgabe des neuen Jahrbuchs ist der Brief von Marx mit dieser Begründung abgedruckt, der zugleich eine scharfe Abrechnung mit Friedrich Wilhelm enthält. Schonungslos verspottete Marx den König, der „für eine große Vergangenheit voll Pfaffen, Ritter und Hörige schwärmt“, was eben auch „eine neue Auflage der alten Ächtung aller Wünsche und Gedanken der Menschen über menschliche Rechte und Pflichten“ bedeutete.<sup>36</sup> Preußen beschränkte sich nicht nur auf das sofortige Verbot der Publikation. Marx wurde von der preußischen Regierung des Hochverrats und der Majestätsbeleidigung beschuldigt und es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Sein radikaler Kurs fand allerdings auch bei dem Mitherausgeber Arnold Ruge keinen Beifall, und so erschien im Februar 1844 nur die erste Lieferung der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“, die zugleich auch die letzte werden sollte.

Auf der Suche nach neuen Publikationsmöglichkeiten im Exil wurde vor allem für demokratisch-revolutionäre deutsche Emigranten ein kleines deutschsprachiges Zeitungsblatt interessant, das unter dem anspruchsvollen Titel „Vorwärts! Pariser Signale aus Kunst, Wissenschaft, Theater, Musik und geselligem Wesen“ seit dem 2. Januar 1844 in der französischen Hauptstadt erschien. Der Redakteur, Heinrich Börnstein, war 1842 nach Paris gekommen. Er hatte ein bewegtes Leben hinter sich. Vom Medizinstudium war er zur Journalistik übergegangen, hatte sich zeitweilig aber auch als Schauspieler, Theaterdirektor und Regisseur einer Operntruppe durchs Leben geschlagen. Der Titel der Zeitung konnte, zumal zu dieser Zeit in Paris, nur als politische Parole verstanden werden. Aber ein politisches Blatt wollte Börnstein ursprünglich nicht machen. Hatte er doch im November des vergangenen Jahres in einem Werbeprospekt versichert: „Wir haben mit der gewöhnlichen Zei-

<sup>36</sup> Karl Marx: Briefe aus den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“. MEW. Bd. 1, S. 341-43.

tungspolitik nichts zu tun [...] Unser Zweck ist, selbst ernsten Dingen die heitere Seite abzugewinnen, lieber zu lachen, als zu weinen.“ Allerdings war dem Zeitungsgründer durchaus klar, daß er, zumal in Paris, mit allzu blassen Farben keinen Erfolg haben würde. So heißt es weiter in dem Prospekt: „[...] wir werden die Geißel der Satire schwingen [...], die leichten Pfeile der Ironie versenden [...] und mit Witz und Humor im Bunde dahin zu streben suchen, Nützlichendes zu wirken für Wahrheit, Recht und Aufklärung.“ Somit war der „Geißel der Satire“ und den „Pfeilen der Ironie“ immerhin ein ernstes Ziel gewiesen, das unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ohne politische Farbe nicht denkbar war. Mußte die Forderung nach Aufklärung nicht gerade an Preußen erinnern, wo Bigotterie und wissenschaftliches Dunkelmännertum unter der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. ständig an Einfluß gewannen? Doch diese Konsequenz sah Börnstein zunächst nicht. „Unser Blatt“, erklärte er, „wird keiner politischen, kirchlichen, philosophischen, literarischen oder musikalischen Partei angehören, [...] es wird [...] unparteiisch schreiben und urteilen.“<sup>37</sup> Und auf die denn doch politische Frage in der ersten Nummer des Blattes: „Was tut Deutschland vor allem Not?“ antwortete er ebenso liberal-gemäßigt wie gutgläubig naiv: „Pressfreiheit und Öffentlichkeit der Gerichte [...], dann kömmt alles andere von selbst.“<sup>38</sup> Weitere Beiträge der ersten Nummern bliesen, soweit sie politische Fragen berührten, in das gleiche Horn. Entschieden oppositionellen Kräften, in Deutschland oder anderswo, war das jedoch zu wenig. Der Hamburger „Telegraph für Deutschland“ bemerkte ironisch an die Adresse des „Vorwärts!“ gerichtet: „[...] als ob wir im Inland nicht genug Flauheit, Trivialität und Schnickschnack hätten!“<sup>39</sup> Arnold Ruge urteilte über den Redakteur und seine Mitarbeiter noch härter: „Diese Leute sind ohne alle Kenntnis und Bildung und schreiben unter Pressefreiheit so dumm, wie ihre Brüder in Deutschland unter Zensur.“<sup>40</sup> Da hätten die Regierungen der deutschen Staaten eigentlich zu-

<sup>37</sup> Vorwärts! Pariser Signale aus Kunst, Wissenschaft, Theater, Musik und geselligem Leben. Erklärung der Redaktion. Paris, 4.11.1843. Unveränderter Neudruck. Mit einer Einleitung von Walter Schmidt. Zentralantiquariat der DDR. Leipzig 1975.

<sup>38</sup> Vorwärts!, 2.1.1844.

<sup>39</sup> Zit. n. Walter Schmidt: Einleitung (wie Anm. 37), S. VII.

<sup>40</sup> A. Ruge an K. M. Fleischer, 20.5.1844. Paul Nerrlich (Hg.): Arnold Ruge. Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825-1880. Bd. 1. Berlin 1886, S. 354.



frieden sein können. Fanden sich in den ersten Nummern doch auch zahlreiche devote Ergebenheitsbeteuerungen gegenüber den gekrönten Häuptern und ein Artikel verstieg sich sogar zu der Behauptung, die deutschen Fürsten seien nach dem Wiener Kongreß „durchweg liberal“ gewesen.<sup>41</sup> Börnstein selbst veröffentlichte eine Laudatio auf Friedrich Wilhelm IV., in der er schrieb, die Opposition irre, wenn sie einen „Mann von so hoher geistiger Bildung, von so vielem gründlichen Wissen, von so tiefem rein menschlichen Gemüte“ für Fehlleistungen in der preußischen Politik zu Anfang der 40er Jahre verantwortlich mache. Die Schuld läge doch „viel mehr an denen, die ihn nicht verstanden oder falsch verstanden oder die ihn nicht verstehen wollten“. Gebt den Fürsten, so Börnsteins Devise, kluge Berater, dem Preußenkönig vor allem „einen großen Minister [...], wie Preußen deren schon mehrere hatte, – vieles stünde jetzt anders“.<sup>42</sup> Doch in den Ministerien der deutschen Staaten stieß das neue Pariser Blatt auf keine Gegenliebe. In Preußen vor allem empfand man den „Vorwärts!“ trotz allem als destruktiv, gehässig und entschied sich für das Einfuhrverbot der Zeitung. Andere deutsche Staaten folgten dem Beispiel und der enttäuschte Redakteur lamentierte bereits im März: „Es regnet Verbote unseres Blattes in Deutschland, man will uns mit aller Gewalt zu Märtyrern machen [...]“.<sup>43</sup> Offensichtlich hatte Börnstein die preußische Toleranz gegenüber politischer Kritik, mochte sie auch noch so zurückhaltend dargeboten werden, ganz entschieden unterschätzt. Denn an Spitzen und auch Spott speziell über Preußen hatte es schon in den ersten Ausgaben durchaus nicht gefehlt. Auch an Heinrich Heine, bekannt für politisch scharfe Satire auf den Zustand Deutschlands, war bereits in der zweiten Nummer eine Bitte ergangen, den Lesern des Blattes neue Gedichte zu schenken.<sup>44</sup> Ein paar Tage später erschienen denn auch im „Vorwärts!“ Heines Verse „An G. Herwegh“. Sicherlich galt der Spott vordergründig dem Ausgang der Deutschlandreise im Januar 1843. Während Herwegh jedoch nur belächelt wird, ist Heines Urteil über den liberalen deutschen Untertanengeist mitleidlos. Und ein ironischer Seitenhieb traf hier – zum ersten Male in den Spalten des „Vorwärts!“ – persönlich den preußischen König, der als „König Philipp“ mit „seinen uckermärk’schen Granden“

<sup>41</sup> Deutsche politische Literatur. Vorwärts!, 6.3.1844.

<sup>42</sup> Heinrich Börnstein: Der König von Preußen und sein Volk. Ebd., 17.1.1844.

<sup>43</sup> Ders.: Unser Blatt in Deutschland. Ebd., 20.3.1844.

<sup>44</sup> Vorwärts!, 6.1.1844.

nicht gerade schmeichelhaft vorgestellt wird.<sup>45</sup> Der Hinweis auf den reaktionären spanischen Despoten mochte dem König, der „gegen die Popularität nicht gleichgültig“ war<sup>46</sup>, sicher nicht gefallen haben. Ärgeris erregte in Berlin auch die mehrfache Kritik an dessen zarenfreundlicher Außenpolitik. Und übel wurde der preußischen Innenpolitik angelastet, daß sie „das Wandern preußischer Handwerksgesellen nach der Schweiz [...] neuerdings wieder“ verbot „wegen der unter der Leitung des bekannten Schneidergesellen Weitling dort stattfindenden kommunistischen Umtriebe“<sup>47</sup>. War derartige Kritik in den ersten Nummern noch immer zurückhaltend, so wurde der Ton im März schon spürbar schärfer, wenn es hieß: „Das Maß kleinlicher Bedenken, der Ungesetzlichkeiten und Rückschritte wird also jeden Tag ärger.“<sup>48</sup> Anfang April vermerkte der „Vorwärts!“ mit beißender Ironie, daß eine Kabinettsveränderung in der preußischen Regierung vermutlich das Ziel habe, „aus dem Kabinett des Königs von Preußen eine Betstube zu machen“<sup>49</sup>. Zu den Autoren des Blattes, die auf Verschärfung des politischen Profils Einfluß nahmen, gehörte auch das Mitglied der Leitung des Bundes der Gerechten, German Mäurer. Im Unterschied zu Börnstains Laudatio auf Friedrich Wilhelm IV. hatte er bereits Ende Januar einen Artikel über Friedrich den Großen veröffentlicht, in dem jedoch besonders jene Leistungen des Königs betont wurden, die Mäurer beim derzeitigen Regierenden vermißte.<sup>50</sup> Wenn auch politische Kritik im ersten Vierteljahr 1844 noch immer widersprüchlich, halbseitig und vielfach platt blieb, so zeigte sich doch zunehmend schon in den ersten Erscheinungsmonaten, daß dieses Blatt ohne politische Farbe und Konsequenz keine Zukunft haben konnte. Die politischen Realitäten drängten den „Vorwärts!“-Redakteur zunehmend zu entschiedenerer Parteinahme, und so nahmen in den Folgemonaten kritische Vorstöße gegen die in Deutschland herrschende politische Reaktion an Deutlichkeit zu. Dessenungeachtet betonte Adalbert von Bornstedt noch immer, man wolle nur „das Schlechte im Bestehenden ausmerzen, aber nicht umstürzen“<sup>51</sup>. Und Börnstein hatte kurz davor

<sup>45</sup> Heinrich Heine: An G. Herwegh. Ebd., 10.1.1844.

<sup>46</sup> Fürst Wittgenstein an Fürst Metternich, 9.7.1840. Literarische Geheimberichte. Einleitung (wie Anm. 25), S. LVIII.

<sup>47</sup> Vorwärts!, 17.1.1844.

<sup>48</sup> Ebd., 27.3.1844.

<sup>49</sup> Ebd., 27.4.1844.

<sup>50</sup> German Mäurer: Friedrich der Große. Ebd., 31.1.1844.

<sup>51</sup> Adalbert von Bornstedt: Ruges neue Revue. Vorwärts!, 27.4.1844.

versichert, sein Ziel sei, die „Umsturzprediger“ zu „bekämpfen“ und für die „Befestigung“ deutscher Fürstenthronen „durch zeitgemäße Institutionen“ zu wirken.<sup>52</sup> Aber er konnte und wollte vielleicht auch nicht verhindern, daß die Kritiken speziell an Preußen und seinem König, die Eingang fanden in die Spalten dieser Zeitung, zahlreicher und noch unterschiedener wurden. Ein „preußische Zustände“ betitelter Artikel verspottete z.B. den „Schwanenorden“, den Friedrich Wilhelm gestiftet hatte, stellte die majestätsbeleidigende Frage, ob etwa des Königs „Verstand ein überirdischer“ sei und orakelte schließlich, dieser Staat würde „ganz gewiß“ einen neuen „Tag von Jena finden“, wenn er nicht die Kraft zu zeitgemäßen Veränderungen aufbrächte.<sup>53</sup> Zu derartigen Tönen paßte ausgezeichnet die am Folgetag veröffentlichte politische Satire Heines „Der Kaiser von China“, die den König und seine Würdenträger, die „edelsten Mandschu“, nach altpreußischem Landrecht schamlos bekennen ließ: „Wir wollen keine Konstitution, wir wollen den Stock, den Kantschu!“<sup>54</sup> Als die preußische „Allgemeine Zeitung“ wieder einmal einen abfälligen, aber königlichem Wunsch gemäßen Artikel über Georg Herwegh veröffentlichte<sup>55</sup>, kommentierte der „Vorwärts!“ derartige Auslassungen als „eine in schöne Worte gekleidete Gemeinheit“<sup>56</sup>. Heinrich Heine hatte neuerdings dem Blatt wieder einige Gedichte zur Verfügung gestellt. In bissigen Versen skizzierte er abermals das Bild dieses Königs, der so gern als Schön- und Freigeist bewundert werden wollte, sich aber „als aufgeklärter Obskurant [...] zugleich für Sophokles und die Knete“<sup>57</sup> begeisterte. Redakteur Börnstein, der noch vor Monatsfrist seine gemäßigte politische Position betont hatte, war durch Heine offenbar literarisch und politisch derart angeregt worden, daß er jetzt sogar selbst einige Verse schmiedete, „Deutsche Bänkelsänger-Lieder“, in denen er nun ebenfalls gegen den preußischen König auftrat.<sup>58</sup> Im Juni wurde in der Zeitung das Thema „Friedrich II.“ wieder aufgenommen. German Mäurer, Autor auch dieses Beitrags, rechnete zwar den alten Preußenkönig noch immer „zu den schönsten Zierden des letzten Jahrhunderts“,

<sup>52</sup> Heinrich Börnstein: Unser Blatt in Deutschland. Ebd., 20.3.1844.

<sup>53</sup> Preußische Zustände. Ebd., 4.5.1844.

<sup>54</sup> Heinrich Heine: Der Kaiser von China. Ebd., 11.5.1844.

<sup>55</sup> Instruktion Friedrich Wilhelms IV. an die Minister Arnim, Eichhorn und Bülow v. 28.12.1842. GStAPK Berlin. Rep. 77, Tit. VI, Lit. H. Nr. 124, Bl. 32.

<sup>56</sup> Vorwärts!, 29. 5. 1844.

<sup>57</sup> Heinrich Heine: Der neue Alexander. Ebd., 15.6.1844.

<sup>58</sup> Heinrich Börnstein: Deutsche Bänkelsänger-Lieder. Ebd., 8.6.1844.

aber dieses Lob mündete in schärfste Kritik letztlich an Friedrich Wilhelm mit der radikalen Schlußfolgerung, Friedrichs II. Nachfolger taugten nichts und hätten mit dem Vorfahr „nichts weiter als das Geschlechtsregister [...] gemein“. <sup>59</sup> Da ist es nicht verwunderlich, daß der „Vorwärts!“ im Verlauf des Jahres immer argwöhnischer von Konfidenten deutscher Regierungen beobachtet wurde. Ein Herr von Engelshofen berichtete voller Empörung an die Regierung Österreichs, daß dieses Blatt eine „republikanisch-kommunistische Ultra-Farbe“ angenommen habe. <sup>60</sup> Preußens Außenminister von Bülow hatte dem preußischen Botschafter in Paris gegenüber bereits im März sein Mißfallen über die unliebsame Zeitung geäußert <sup>61</sup>, doch waren Beschwerden bei der Pariser Regierung erfolglos verlaufen. Um die Jahresmitte wurden derartige Bemühungen verstärkt mit dem Ziel, den „Vorwärts!“ zu unterdrücken. <sup>62</sup>

Tatsächlich vollzog die „Vorwärts!“-Redaktion im Sommer 1844 eine prinzipielle politische Wende, die nicht zuletzt einer personellen Veränderung zu verdanken war. Mit dem demokratischen deutschen Emigranten Carl Ludwig Bernays, der vordem an den Deutsch-Französischen Jahrbüchern mitgearbeitet hatte, gewann Börnstein einen Mann, der energisch und erfolgreich bemüht war, radikalere Tendenzen durchzusetzen. Von nun an dominierte der Einfluß revolutionär-demokratischer Kräfte der Pariser Emigration auf Börnsteins Zeitung und bestimmte maßgeblich ihr politisches Profil. In seinen Memoiren nennt der Redakteur als Mitarbeiter bekannte Namen wie Karl Marx, Heinrich Heine, Georg Herwegh, Bakunin, Georg Weber und Friedrich Engels, die auch an Redaktionsitzungen teilnahmen und berichtet,

[...] man kann sich leicht denken, daß diese Männer nicht nur sehr geistreich, sondern auch höchst radikal schrieben. Der ‚Vorwärts!‘ gewann, indem er die einzige ganz zensurfreie und radikale aller in Europa in deutscher Sprache erscheinenden Zeitungen wurde, einen neuen Reiz und eine vermehrte Abonnentenzahl. <sup>63</sup>

<sup>59</sup> German Mäurer: Bruchstücke aus Friedrichs II. Testament. Ebd., 12.6.1844.

<sup>60</sup> Zit. n. Fritz Brügel: Aus den Anfängen der deutschen sozialistischen Presse. Wien 1929, S. 41.

<sup>61</sup> Vgl. Walter Schmidt: Einleitung (wie Anm. 66), S. XLIII.

<sup>62</sup> Ebd., S. XXXIV.

<sup>63</sup> Heinrich Börnstein: Fünfundsiebzig Jahre in der Alten und Neuen Welt. Zit. n. Rolf Weber: Feuerwerk im Juli. Begegnungen in Paris 1789-1871. Berlin 1978, S. 199.

Regelmäßig berichtete die Zeitung nun auch über politische Begebenheiten in Deutschland, die unter der Zensur verschwiegen oder entstellt dargeboten wurden. Große Aufmerksamkeit fand der Aufruhr der Weber in Schlesien. Das war äußerst wichtig, denn es sei „erstaunlich“, so Wilhelm Wolff, „was über Organisation, Zahl und Bewaffnung“ der Weber damals anderweitig „gefabelt ward“.<sup>64</sup> In einem redaktionellen Artikel urteilte der „Vorwärts!“ erstmalig, mit diesem Ereignis sei „auf vaterländischem deutschen Boden [...] ein Vorbote der sozialen Umänderung aufgetaucht“.<sup>65</sup> Damit ordnete er den Kampf der schlesischen Weber ein in den Prozeß der bürgerlichen Umwälzung in den Jahren des Vormärz, als sich der aufkeimende Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland noch unter der Schirmherrschaft der alten Ordnungsmacht abspielte. Weshalb die Bourgeoisie denn auch die Unterdrückung des Aufstands der Weber gegen krasse kapitalistische Ausbeutungspraktiken den Soldaten des Königs überlassen mußte. Heinrich Heine hat die Rolle des Monarchen in seinem berühmten Gedicht „Die armen Weber“, das in dem Pariser Blatt erstmals gedruckt wurde, im „dreifachen Fluch“ auf „Altdeutschland“ mit erbarmungsloser Schärfe gezeißelt:

Ein Fluch dem König', dem König' der Reichen,  
Den unser Elend nicht konnte erweichen,  
Der uns den letzten Groschen erpresst,  
Und uns wie Hunde erschießen läßt!<sup>66</sup>

In den folgenden Nummern häuften sich Kritik und auch Spott über Preußens König. So glossierte z.B. Georg Weber den Befehl des „Kaisers von China“ – seit Heines Versen wußte jeder Leser, wer gemeint war –, der die „Verhaftung des Dr. Karl Marx“ betraf. Die Pointe faßte der Spötter in drei Verszeilen zusammen:

Es sagt ein altes Gerücht:  
Es sei denn, daß sie ihn hätten,  
Sonst hängen die Nürnberger nicht.<sup>67</sup>

<sup>64</sup> Wilhelm Wolff: Das Elend und der Aufruhr in Schlesien. Gesammelte Schriften. Hg. v. F. Mehring. Berlin 1909, S. 56f.

<sup>65</sup> Vorwärts!, 6.7.1844. Der Autor des Artikels war vermutlich C. L. Bernays. Vgl. Walter Schmidt: Dokumente zum schlesischen Weberaufstand 1844. Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1964, S. 37.

<sup>66</sup> Heinrich Heine: Die armen Weber. Vorwärts!, 10.7.1844.

<sup>67</sup> Georg Weber: Es sei denn –. Ebd., 24.7.1844.

Wilhelm Marr wählte das fehlgeschlagene Attentat des ehemaligen Storkower Bürgermeisters Tschech auf den Preußenkönig zum Gegenstand satirischer Gestaltung, in der sich unverhohlene Sympathie mit dem Attentäter äußerte:

Sagt, was hat der Mann verbrochen,  
Den man dort zum Kerker schleift?  
Auf den Fuchs hat er geschossen,  
Aber nur den Balg gestreift.<sup>68</sup>

Auch Adolph Schults, der in der „Rheinischen Zeitung“ noch ein Loblied auf den Preußenkönig gesungen hatte, kritisierte jetzt dessen absolutistische Manier, Minister auszuwechseln, Geld nach eigenem Gutdünken zu verschwenden, die Pressezensur willkürlich zu handhaben und gute Ratschläge zu mißachten. „Wie hat ein Volk es doch so gut“, lautet der Kommentar zu dieser Aufzählung, „für das sein König alles tut!“<sup>69</sup> Und Heinrich Heine bereicherte im Herbst 1844 das Feuilleton des „Vorwärts!“ letztmalig mit einer besonderen Glanzleistung politisch-satirischer Poesie. Er übersandte Marx die Aushängebogen der „Neuen Gedichte“, die bei Campe in Hamburg gedruckt wurden und sein „Wintermärchen“ enthielten. Der Dichter kommentierte die außergewöhnliche Sendung mit den Worten: „[...] damit Sie sich amüsieren“ und, „wenn Sie es ratsam erachten, im ‚Vorwärts!‘ das Beste aus dem neuen Gedichte abdrucken lassen können.“<sup>70</sup> So erschien die berühmte Dichtung ab Mitte Oktober in den Spalten des Pariser Emigrantenblattes „Vorwärts!“. Wie zu erwarten, enthielt die Kritik an den deutschen Zuständen auch Verse an die Adresse Friedrich Wilhelms IV., die u.a. an die Macht der Poesie gemahnen:

Kennst du die Hölle des Dante nicht,  
Die schrecklichen Terzetten?  
Wen da der Dichter hineingesperrt,  
Den kann kein Gott mehr retten –  
Kein Gott, kein Heiland erlöst ihn je  
Aus diesen singenden Flammen!  
Nimm dich in acht, daß wir dich nicht  
Zu solcher Hölle verdammen!<sup>71</sup>

<sup>68</sup> Wilhelm Marr: Zur Tagesgeschichte. Ebd., 31.8.1844.

<sup>69</sup> Adolph Schulte: Vom beglückten Volk. Ebd., 28.9.1844.

<sup>70</sup> Heinrich Heine an Karl Marx, 21.9.1844. Briefe. Leipzig 1969, S. 283.

<sup>71</sup> Ders.: Deutschland. Ein Wintermärchen. Vorwärts!, 30.11.1844.

Die Dichtung Heines bildete einen letzten Höhepunkt in der Auseinandersetzung, die der „Vorwärts!“ mit den deutschen Zuständen und speziell mit dem preußischen Monarchen in seinen Spalten führte.

Inzwischen hatte die französische Regierung den immer dringenderen Vorstellungen Preußens nachgegeben. Die Unterdrückung des „Vorwärts!“ war nicht mehr zu verhindern. Franz Mehring hat den Vorgang unübertreffbar geschildert: „In Berlin war man am wütendsten auf Heine, der elf seiner schärfsten Satiren auf die preußische Wirtschaft und namentlich auch auf den König im ‚Vorwärts!‘ veröffentlicht hatte. Aber auf der anderen Seite war Heine für Guizot der kitzlichste Punkt der kitzlichen Sache. Er war ein Dichter von europäischem Namen und galt den Franzosen fast als ein nationaler Dichter.“ Heine blieb unbehelligt. Andere Autoren und Mitarbeiter wurden angewiesen, Frankreich bis zum 11. Januar 1845 zu verlassen.

Ein Teil von ihnen rettete sich: Börnstein, indem er sich verpflichtete, auf die Herausgabe des ‚Vorwärts!‘ zu verzichten, Ruge, indem er sich beim sächsischen Gesandten und bei französischen Deputierten die Stiefel ablief, um zu versichern, ein wie loyaler Staatsbürger er sei. Für dergleichen war Marx natürlich nicht zu haben; er siedelte nach Brüssel über.<sup>72</sup>

Außer an Marx wurde das Ausweisungsdekret nur noch an Bornstedt vollzogen, der im ersten Erscheinungshalbjahr die Zeitung gemeinsam mit Börnstein redigierte. Die letzte Nummer des „Vorwärts!“ erschien am 28. Dezember 1844.

Adalbert von Bornstedt gehörte zu den Ausgewiesenen, weil auch er sich in Berlin unbeliebt gemacht hatte. Seine Berichte, für die ihn die preußische Regierung zu Anfang der 40er Jahre bezahlte, enthielten nicht die erwarteten Informationen, und zudem hatte er im ersten Halbjahr 1844 die preußische Außenpolitik mit ungewöhnlicher Schärfe kritisiert. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich erhielt er vom Berliner Ministerium kein Geld mehr. In Brüssel betätigte er sich als Zeitungsgründer. Am 22. November 1846 versprach ein „Prospektus“ für ein von ihm angekündigtes neues Blatt die Unterstützung liberaler Forderungen wie „Religions-, Press- und bürgerliche Freiheit“, sowie „Deutschlands Einigung“. Auch „bei der Lösung der wichtigen Frage, der Organisation der Arbeit“, sollte das neue Blatt ein vernehmliches Wort

<sup>72</sup> Franz Mehring: Karl Marx. Geschichte seines Lebens. Ges. Schriften. Bd. 3. Berlin 1960, S. 94.

mitsprechen.<sup>73</sup> Ab Januar 1847 erschien zweimal in der Woche die „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“. Sie hat in den 104 Ausgaben dieses Jahres sowie den folgenden 14 im Jahre 1848 die deutsche Kleinstaaterie, ökonomische Rückständigkeit, politische Willkür und soziale Mißstände mutig angegriffen. Ihr politisches Engagement sowie das bekundete Interesse an sozialen Fragen wurden nicht zuletzt im Kreis der Brüsseler Kommunisten, der sich um Marx und Engels geschart hatte, aufmerksam verfolgt. Wilhelm Wolff schrieb die ersten Beiträge für das Blatt, später folgten auch Engels und Marx. In relativ kurzer Zeit nahm Bornstedts Zeitung revolutionär-demokratische Positionen ein. Gegen Ende des Jahres 1847 war aus ihr ein Organ des Bundes der Kommunisten geworden. Zahlreiche Angehörige der frühen Arbeiterbewegung kamen in ihren Spalten zu Wort und leisteten einen beachtenswerten Beitrag zur politischen deutschen Vormärz-Lyrik im Exil, wie z.B. der Handwerker Friedrich Martens, der Bauernsohn German Mäurer, Wilhelm Marr und August Becker, die schon mehrfach Verse im „Vorwärts!“ veröffentlicht hatten. Ihr literarisches Debüt gaben der Schriftsetzer Stephan Born und der Goldarbeitergehilfe Luwig Bisky. Die Autoren verschiedener anonymen Beiträge sind unbekannt geblieben.

Im politischen Spektrum der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ stand die Zahl der kritischen Beiträge über den preußischen Staat mit Abstand an erster Stelle, und häufig galten sie der Person des Königs. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Zeitung im Februar der Vorbereitung und Durchführung des Vereinigten Landtags. Mit einem „Bauernwort“ erinnerte Cäsar Lengercke in diesem Zusammenhang an die einstige Bedeutung des Thing, die Versammlung freier Bauern in Schweden:

Ja! wenn des Volkes Stimme  
So laut gesprochen hat,  
Muss auch ein König hören  
Auf eines Bauern Rat!<sup>74</sup>

Aus den Versen sprechen Erwartungen, die der Landtag geweckt hatte, aber auch Zweifel, ob er ihnen gerecht werden könne. Die in ein historisches Bild verpackte Mahnung an die Adresse Friedrich Wilhelms ist un-

<sup>73</sup> Prospektus der Deutschen-Brüsseler-Zeitung (nachf. DBZ), 22.11.1846. In: DBZ. Faksimile. Hg. mit einer Einführung von Bert Andréas, Jaques Grandjone und Hans Pelger. Genève/Amsterdam/Trier 1981.

<sup>74</sup> Cäsar Lengercke: Ein Bauernwort. DBZ, 7.3.1847.



übersehbar. Derartige Äußerungen konnten in Preußen nicht gedruckt werden. Ein dortiger Leser der Brüsseler Zeitung schickte ihr ein „Stände-Lied“ und bemerkte dazu, man könne in Preußen kein kritisches Wort veröffentlichen, weshalb ihm nur „die unwürdige Wahl gelassen“ sei, „zu lobhudeln oder zu schweigen“.<sup>75</sup> Auch Georg Herweghs Gedicht „Am 22. Mai“, obwohl zwei Jahre zuvor geschriebenen, nahm Bornstedt in die Zeitung auf<sup>76</sup>, denn es galt dem noch immer unerfüllten Verfassungsversprechen Friedrich Wilhelms III. vom Mai 1815, das jetzt wieder brennend aktuell geworden war, und das der derzeitige König durchaus nicht einlösen wollte. Das ging bereits aus seiner Rede zur Eröffnung des Landtags unmißverständlich hervor, worauf ein witziger Journalist mit folgender Glosse reagierte:

Soeben verbreitet sich das Gerücht, der König von Preußen sei vom Kammergericht zur Kriminaluntersuchung gezogen worden [...] Männer vom Fach behaupten, daß man in Deutschland noch nie in so frecher Weise zur ‚Unzufriedenheit und zum Missvergnügen‘, wie zum ‚Umsturz des Bestehenden‘ aufgereizt habe [...].<sup>77</sup>

Wer das Geschehen in Preußen kritisch verfolgte wußte genau, daß Friedrich Wilhelm sich nur mehr oder minder notgedrungen zur Einberufung des Landtags entschlossen hatte. Sein Verlauf, wurde in einem Beitrag gespottet, belaste den König wie ein Alptraum. Danach habe er sich in das Jahr 1850 versetzt gesehen, war entthront, festgenommen und nach Australien ausgewiesen worden, wo er, in Lumpen gekleidet, Schafe hüten mußte. Nach Deutschland durfte er nicht zurück, denn eine „Volksordre vom 10. April 1851“ habe „allen schlecht angezogenen Personen“ den „Zutritt in Deutschland“ verboten.<sup>78</sup> Doch nicht nur das starre Festhalten des Monarchen am alten Herrschaftssystem vermehrte die bestehende Unzufriedenheit mit der preußischen Politik, sondern fast noch mehr der Versuch, mit dem Vereinigten Landtag eine Nationalrepräsentation vorzutauschen, wo es letztlich doch nur um Auffüllung der chronisch leeren Staatskasse ging. Ein Autor ironisiert in Versform diesen Aspekt:

<sup>75</sup> O. R.: Stände-Lied. DBZ, 6.5.1847.

<sup>76</sup> Georg Herwegh: Am 22. Mai. DBZ, 8.7.1847.

<sup>77</sup> Politisches Feuilleton. DBZ, 29.4.1847.

<sup>78</sup> Ein Traum in Charlottenburg oder Sanssouci. DBZ, 18.4.1847.

Wir betäuben die Patienten, id est die Nation  
 Mit Patenten bis zur Narkosis.  
 Und lassen sie dann erwachen nicht eh?  
 Als bis sie ihres Geldes los ist.<sup>79</sup>

Mochten die Verse auch holprig sein, so trafen sie doch den Kern der Sache, wie David Hansemanns berühmter Ausspruch, in Geldangelegenheiten höre die Gemütlichkeit auf, belegt. Die Unzufriedenheit mit dieser Landesvertretung und entsprechend scharfe Ablehnung dominiert in verschiedenen Artikeln der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“. Einen für die Opposition positiven Gesichtspunkt konnte Wilhelm Wolff dennoch hervorheben: „Der preußische König, seine Minister und Bürokraten“ hätten für die Öffentlichkeit sichtbar auf der „Armensünderbank“ gesessen und eine politische Niederlage erlitten. Deshalb wünschte Wolff der Bourgeoisie, sie möge „Verstand und namentlich Mut genug besitzen, um von den bisher errungenen Vorteilen Nutzen zu ziehen“, was, wie er betonte, auch im Interesse des Proletariats läge.<sup>80</sup>

Wesentlicher Gegenstand kritischer Bemerkungen blieb auch nach dem Landtag Preußen und in erheblichem Umfang das Bild des Königs. Unnachsichtig wurden seine Eigenheiten und Schwächen beleuchtet. So boten die „Exzesse der Tafel- und Trinkfreuden“<sup>81</sup> bei Hofe – damals ein offenes Geheimnis – ergiebigen Stoff für kritischen Spott. Verse unter dem Titel „Der König trinkt Champagner“ zielten in die gleiche Richtung. Der Autor verwies auf den peinlichen Kontrast zwischen einem sorglos tafelnden Herrscher und vielen Untertanen, die zu der Zeit bittere Not litten.<sup>82</sup>

In Verbindung mit der Kritik an dem halbabsolutistischen System, das überwiegend in den deutschen Ländern noch bestand, fand in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ die soziale Frage, die auch in den letztgenannten Versen anklang, immer stärkere Beachtung. In Verbindung mit dem Bild des Preußenkönigs hatte nach Heine auch Freiligrath dieses Thema in seinem Gedichtband „Ca ira!“ aufgegriffen. Bornstedt druckte daraus die Gedichte „Wie man’s macht“ und „Von unten auf“

<sup>79</sup> Politische Übersicht der Gegenwart, in Versform. DBZ, 23.5.1847.

<sup>80</sup> Wilhelm Wolff: Der preußische König, seine Minister und Bürokraten auf der Armensünderbank. DBZ, 24.6.1847.

<sup>81</sup> Der König von Preußen. DBZ, 16.9.1847.

<sup>82</sup> Der König trinkt Champagner. DBZ, 19.9.1847.

jetzt in seinem Blatte nach.<sup>83</sup> In der letztgenannten Dichtung hatte Freiligrath fast gleichzeitig mit Georg Weerth erstmals dem seiner Kraft bewußt werdenden Industriearbeiter literarisch Gestalt gegeben. Bei Freiligrath fasziniert hier vor allem die unmittelbare Konfrontation des Arbeiters mit dem preußischen König:

Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!  
 [...]
   
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding,  
 den Staat,  
 die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!<sup>84</sup>

Heinrich Heine hatte mit seinem Webergedicht, das ebenfalls in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ nachgedruckt wurde, bereits 1844 ein Zeichen gesetzt für eine qualitativ neue, politische Lyrik, die sich der sozialen Befreiung der Ausgebeuteten und Unterdrückten widmete. Bornstedts Zeitung konnte unmittelbar an diese vom „Vorwärts!“ geförderte Tendenz anknüpfen und leistete, indem proletarische Lyrik der frühen Arbeiterbewegung neben bekannten Gedichten renommierter Poeten veröffentlicht wurde, einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung der sozialistischen und zugleich der deutschen Vormärzliteratur im Exil.

Neben der politisch oppositionellen, Preußen und seinem König offen feindlichen Tendenz alarmierte die Berliner Behörden besonders auch die Sympathie für die Armen und Unterdrückten, die in der Exilpresse seit Mitte der 40er Jahre sichtbar zunahm und in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ immer schärferes Profil gewann. Die preußischen Behörden verfolgten diese Entwicklung sehr aufmerksam. Mißfallen diesbezüglich hatte das Blatt schon kurz nach seiner Gründung erregt, denn bereits im März 1847 informierte der für auswärtige Angelegenheiten zuständige Minister v. Canitz den Innenminister v. Bodelschwingh, daß die von diesem Blatt eingeschlagene politische Richtung „eine so schmäbliche und die Ruhe und Sicherheit aller deutschen Bundesstaaten so schwer bedrohende“ sei, „daß sämtliche deutschen Regierungen“ der preußischen für energische Maßnahmen gegen das Blatt „nur Dank wissen müssen“.<sup>85</sup> Alarmierende Wirkungen hatten ein Vierteljahr später die „unverhohlen ausgesprochenen kommunistischen Grundsätze“, die man

<sup>83</sup> DBZ, 30.9.1847.

<sup>84</sup> Ferdinand Freiligrath: Von unten auf! Ebd.

<sup>85</sup> V. Canitz an v. Bodelschwingh, 23.3.1847. GStAPK Berlin. Rep. 77 II. Lit. B., Nr. 129, Bl. 53.

entdeckt zu haben glaubte, würden sie doch die „Begriffe Ungebildeter [...] verwirren“ und besonders bei den in Brüssel „wohnenden deutschen Arbeitern [...] üblen Effekt“ erzielen.<sup>86</sup> Dennoch gelang es der preußischen Regierung trotz intensiver Bemühungen vorerst nicht, das unbequeme Blatt zur Strecke zu bringen. Das besorgte auf unerwartet andere Art der Ausbruch der Februarrevolution in Frankreich. Führende Mitglieder des Bundes der Kommunisten, ebenso Bornstedt, eilten nach Paris. Marx wurde aus Belgien ausgewiesen, als auch er das Land in Richtung der Revolutionsmetropole verlassen wollte. Ihnen allen war praktische Beteiligung an einer Revolution, deren Übergreifen auf Deutschland sich bereits abzeichnete, offensichtlich wichtiger als die Herausgabe einer deutschen Zeitung in Belgien. Am 27. Februar 1848 erschien die letzte Nummer der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“. Ein wesentliches Kapitel der deutschen Exilliteratur im Vormärz fand damit seinen Abschluß.

---

<sup>86</sup> Graf Henkel an v. Canitz, 1.6.1847. Ebd. Tit. 874, Vol. II. Bl. 36.